

Personenfreizügigkeit und innere Reformen

Das Ja zur Abschottung am 9. Februar hatte die Linken kleinlaut gemacht. Doch jetzt kommt die SP mit einem brisanten Programm. Und vollzieht einen politischen Schwenker. Die SP sagt: Wir wollen keine Kontingente und anderen diskriminierenden Massnahmen, um die Zuwanderung zu bremsen. Wir wollen auch keinen Bruch mit der EU und kein Veto aus Brüssel. „Was wir brauchen“, sagt Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, „sind unabhängig von der EU eingeführte innere Reformen.“ Sie sollen die Produktivität der Schweiz erhöhen. Gute Löhne garantieren. Die Ansiedlung ausländischer Konzerne via Steuergeschenke verhindern. Mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringen. Und sowohl die Abhängigkeit von zugewanderten Spezialisten wie von Billigarbeitenden in Tourismus und Landwirtschaft vermindern. Denn all dies seien reale Probleme des Landes.

SP schwenkt.

Innere Reformen für eine effizientere Wirtschaft und mehr soziale Sicherheit statt Abwehr und Kontingente: Der rabiate Schwenk der SP bringt Bewegung in die Politik. Nationalrat Balthasar Glättli, der das Dossier bei den Grünen führt, gratulierte. Er sieht nun Chancen für ein Bündnis. Noch vor kurzem, bei den Gesprächen der Bundesratsparteien (und auch in einem Interview mit Work), hatte SP-Präsident Christian Levrat die SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga voll unterstützt: Sie will der EU die Weiterführung der bilateralen Verträge unter strikter Anwendung der SVP-Initiative vorschlagen. Brüssel müsste also im Falle der Schweiz auf die Personenfreizügigkeit verzichten. Das treiben Sommaruga und der FdP-Aussenminister Didier Burkhalter wohl in der Hoffnung voran, die EU werde dem ein scharfes Nein entgegenstellen. Dann müssten die Schweizerinnen und Schweizer neu abstimmen. Eine gefährliche Strategie, findet die Unia-Co-Präsidentin Vania Alleva: „Eine Abstimmung auf ein EU-Veto zu bauen ist eine sehr schlechte Idee.“ Die Gewerkschaft habe von Anfang an eine „klare Haltung und Orientierung gezeigt: Wir haben immer gesagt, dass es eine Umsetzung brauche, die im Einklang mit den Bilateralen und der Personenfreizügigkeit stehe.“ In einem kürzlich verabschiedeten Papier halten die Unia-Delegierten fest: Personenfreizügigkeit Ja. Keine Diskriminierung: „Alle Modelle der Kontingentierung, die heute zur Diskussion gestellt werden, sind diskriminierend. Sie kommen zum Teil dem früheren Saisonierstatut gleich, das für die Schweiz zu einer eigentlichen Apartheid geführt und die Arbeitenden gespalten hat.“ Die Unia-Co-Präsidentin warnt: „Keine Vorlage wird vor dem Volk eine Chance haben, wenn sie den Schutz der Arbeitenden nicht verstärkt. Aller Arbeitenden.“

Avenir Suisse denkt.

Justizministerin Sommaruga enthüllte, an die 50 Modelle habe man geprüft: „Man kann es drehen und wenden, wie man will: Sie sind entweder nicht verfassungskonform oder nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbar.“ Jetzt widerspricht ihr die eigene Partei mit dem vorgeschlagenen Modell innerer Reformen. Das hatte auch der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann seit Monaten hartnäckig getan. In diversen Artikeln skizzierte er Lösungen, die jetzt auch die SP vorschlägt. Erstaunlicherweise lagen seine Vorschläge nicht weit weg von denen der Denkfabrik Avenir Suisse. Sie hatte im Februar ein Reformkonzept vorgelegt, das den Streit mit der EU und Schaden von der Schweiz abwenden soll. Dafür griff die Denkfabrik sogar den früher gepriesenen Steuerwettbewerb an. Was die marktverliebten Ökonomen vorlegten, ist ein Indiz dafür, welche Bündnisse unter Druck der Situation möglich wären. Wie damals bei der Alpeninitiative. Sie war mit EU-Verträgen nicht vereinbar. Ein Bündnis zwischen Alpenschützern und Fuhrunternehmern löste das Problem via Schwerverkehrsabgabe.

Kompletter Wirrwarr.

Nur: Wofür steht Avenir Suisse? Die Wirtschaft ist derzeit offenbar auf anderem Kurs. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse kuschelt mit der SVP, aber kritisiert den Bundesrat, weil er Kurzaufenthalter und Grenzgänger in die Kontingente mit einrechnen will. Offenbar sehen die Arbeitgeber die Abschottung als Chance, aus der Schweiz ein Tieflohnland zu machen, ohne Lohnschutz, ohne flankierende Massnahmen, mit massenhaft unterbezahlten Kurzaufenthaltern. Dabei wiegen sie sich in der Illusion, die EU werde Kontingente akzeptieren. Der Economiesuisse-Chef Heinz Karrer bekam für diese Ideen von Abschottungsfreund und FdP-Präsident Philipp Müller auf die Kappe. Müller ist für eine strikte Anwendung und hätte gerne auch die Flüchtlinge und ihre Familien unter Kontingent gestellt. Die Wirtschaftspartei Freisinn gegen Economiesuisse und beide gegen Avenir Suisse. Bizarr. Und derweil schachern Kantone, Städte, Branchen um Kontingente, die es so nicht geben kann. Wirrwarr komplett. Nur Christoph Blocher, der bei allem nur an die Wahlen 2015 denkt, freut sich. Doch nun lichten sich die Nebel. Corrado Pardini, SP-Nationalrat und Mitglied der Unia-Geschäftsleitung, verlangt von der SP, dass sie ihren Vorschlag noch vom Geruch der Ausländerabwehr befreie: „Zuwanderung ist erwünscht. Nur dürfen die Arbeitenden, vor allem die Qualifizierten, nicht unter Lohndruck kommen. Zum Problem wird Zuwanderung immer nur, wenn notwendige Reformen nicht gemacht werden.“

Oliver Fahrni.

Work online, 3.7.2014.

Personen > Fahrni Oliver. Personenfreizügigkeit. Saisonierstatut. Work 2014-07-03